

Politik *heute*

Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

Das Menetekel an der Wand

Früher hieß es brutal: „Und willst du nicht mein Bruder sein, dann hau ich dir den Schädel ein“. Heute haut man dem, der nicht der Bruder sein will, nicht gleich den Schädel ein, doch gibt es genügend andere Methoden, den politisch Andersdenkenden, den Abweichler von der vorgegebenen politischen Korrektheit, abzuwerten, auszugrenzen, und dem politischen Tod zu überantworten.

In den Jahren des Wiederaufbaus haben sich die politischen Gegner zwar auch nichts geschenkt, doch man kämpfte mit offenem Visier. Als eine Politikerin von „Feinden, die uns hassen“ sprach, hat dieser Ausbruch von Haß bei der angesprochenen Partei Empörung ausgelöst, in der Partei der Täterin Beschämung bis Ärger. Das änderte sich, unübersehbar hat der Wohlstand alle moralischen Grenzen niedergerissen.

Die große Wende begann 1968 mit Gewalt, brennenden Autos und Anschlägen auf unerwünschte Zeitungen, Prügeleien mit der Polizei waren Alltag und der Schritt zum Mord war vorprogrammiert. Sehr schnell setzte die von Medien betriebene, verharmlosend gefärbte „Relativierung“ ein. Der Marsch durch die Institutionen begann, die Revoluzzer mutierten zu Grün. Der Schläger Josef Fischer, in dessen Auto eine Mordwaffe transportiert wurde, avancierte zum Außenminister und „Ehren-Doktor“, der bekennende Kinderschänder Daniel Cohn-Bendit zum Klubchef der grünen EU-Abgeordneten. Heute sind Justiz, Medien, Kultur und die einst Mitte-Links und Mitte-Rechts genannten Parteien vom grünen Virus beherrscht. Weitgehend unbemerkt, wurde und wird Meinungs- und Entscheidungsfreiheit beschnitten. Menschen dürfen nicht mehr nach Sympathie oder Abneigung beurteilt, sympathisch gefunden oder abgelehnt werden, das Gleichbehandlungsgesetz gibt die Richtlinien vor. In der Wirtschaft greifen „volkswirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahmen“ massiv in die freie Marktwirtschaft ein und setzen diese teilweise außer Kraft. Preise werden durch Subventionen und Förderungen verfälscht, doch der Bürger bezahlt immer, ob den ehrlichen Preis oder durch Steuern und Abgaben.

Das Rezept Brot und Spiele funktioniert wie eh und je. Intelligente und mitten im Leben stehende Menschen verteidigen verbissen ihren Standpunkt, daß in Österreich absolute Meinungsfreiheit herrscht, ausgenommen jene Bereiche, die gesetzlich verboten sind. Das ist die politisch korrekte Definition von Meinungsfreiheit.

Die Freiheit verschwindet allzuoft langsam und unmerklich. Menetekel nicht als Floskel, sondern als Warnung vor einer kommenden Katastrophe.

„Der Rotstift“, Unterstellungen als Totschlag-Argumente

Zeitbühne contra
Diffamierung durch SPÖ-Lehrer

Was ist Freiheit?

Kein Wort ist in der neuesten Zeit so oft ausgesprochen worden, wie das Wort Freiheit; aber man kann ohne Übertreibung behaupten, daß unter Hundert, die es ausgesprochen, kaum einer weiß, was das sei.

Viele meinten, weil wir unter der vorherigen Regierung nicht frei waren, so gelte jetzt alles nicht mehr, was früher gegolten hat. Andere meinen, die Freiheit bestehe darin, daß man alles tun dürfe, was man nur wolle, und daß, was früher als Ausgelassenheit, Trunkenheit, Geschrei, Verwegenheit und dergleichen als schlecht und verachtungswürdig betrachtet wurde, dies jetzt nicht mehr der Fall sei und daß der, der recht lärmt und sich ungebärdig stellt, der Allerfreieste ist.

Die echte Freiheit ist viel schwerer auszuführen, als die Schreier wissen, die für sich einen ungeheuren Haufen von Freiheit verlangen, für andere nichts.

Adalbert Stifter, 1805-1868

Abo Zeitbühne Druckausgabe	18,-
Abo Ausland	26,-
Abo Internetausgabe	
identisch mit Druckausgabe	12,-
Abo Politik heute	
nur über Internet	10,-

„Der Rotstift“ vom 27. November 2009

Seit mehreren Jahren wird die Zeitschrift „Zeitbühne“ an Schulen in OÖ versandt und Lehrenden und Lernenden zur Lektüre gereicht. Wer diese Jahresabonnements um immerhin 18 Euro bezahlt, ist unbekannt. Inserate, Beiträge und huldvolle Berichte dokumentieren ein enges Naheverhältnis zu bedeutenden Unternehmen aus Oberösterreichs Industrie-, Banken- und Wirtschaftswelt. Beiträge in der Nr. 5 von 2009 stammen u.a. vom Präsidenten der Industriellenvereinigung von OÖ, Klaus Pöttinger, vom EU-Abgeordneten der ÖVP Dr. Paul Rübiger und vom Sicherheitsdirektor für OÖ, Dr. Alois LiBl.

Was sind nun die Botschaften der „Zeitbühne“?

Die politische Situation nach der Wahl 2009 in OÖ wird heftig beklagt: „Ein Affront gegen die Industrie: Die ÖVP erneuert schwarz-grüne Links-Koalition“. Eine zukünftige schwarzblaue Koalition würde nach dieser Farbenlehre wohl noch als Mitte-Links-Regierung durchgehen.

Das Fett bekommen vor allem die Grünen ab, die angeblich ganz offen (wenn auch ohne Quellenangabe des Zitats) bekennen: „Unser Endziel ist das Verbot des Privatautos, wobei es für Politiker Ausnahmen geben muss“ (S. 23). Die Klimaerwärmung gibt's nicht und gebaut wird allgemein zu wenig. Der Atomkraft würde man in Österreich gerne wieder eine Chance geben, aber die LehrerInnen haben das verbockt. Denn die Skepsis der Österreicher gegenüber der Kernenergie hat einen Verursacher: „Unsere Pädagogen haben es geschafft, daß wir heute in dieser Frage eine satte Mehrheit der Ablehnung vorfinden würden.“

Obwohl wir damit langsam auf der Welt ziemlich isoliert dastehen, haben wir Österreicher uns entschieden, von der Kernkraft nichts verstehen zu wollen und uns vor ihr zu fürchten“ (KR Ing. Helmuth Bumberger, S. 9). „Die Umverteilung von Reich zu Arm“ sei eine „gestrige Vorstellung. „Gerechtigkeit für Leistungsträger muß eines der zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen sein“, meint auf S. 32 Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung Österreich. Die Minder-

leister sind schnell identifiziert, denn „48% der Erwerbstätigen zahlen überhaupt keine einkommensabhängigen Steuern.“ Es wird einem vor Augen geführt, welche Möglichkeiten und Schlussfolgerungen sich mit Josef Prölls Transferkonto ergeben könnten. Angesprochen sollten sich vor allem auch Ausländer fühlen, durch die „unser Sozialsystem kippt“, wobei die „Folgen bürgerkriegsähnliche Zustände“ sind, die sich (...) „auf ganz Europa – auch Österreich – ausbreiten werden“ (Brigitte Zachl, S. 4).

Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus

In einigen Rezensionen und Leserbriefen findet sich ein wiederkehrendes Muster der Relativierung des Nationalsozialismus: Es wird versucht, den Verbrechen der NS-Zeit ein ähnliches Verhalten der Alliierten gegenüberzustellen. DI Winfried Lindl aus Puchenau relativiert in seinem Leserbrief auf S. 8 den Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 „Und da wieder ein Gedenkjahr ist und wieder behauptet wird, Hitler habe das ahnungslose Unschuldslamperl Sowjetunion hinterrücks überfallen“, indem er einen Satz Stalins an seine Generale nach Unterzeichnung des „Rippentrop (gemeint ist: Ribbentrop)-Molotow-Nichtangriffspaktes“ von 1939 zitiert: „Ich habe Herrn Hitler hinters Licht geführt.“

Eine Rezension der Biographie von Nina

Schenk, Gräfin von Stauffenberg, der Tochter des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, wird beendet mit der Einschätzung: „Oberstes Ziel der Verschwörer war es, daß durch einen Waffenstillstand das Töten beendet wird. Ein tragischer Irrtum, denn Winston Churchill lehnte jeden Waffenstillstand ab, um bis zur endgültigen Niederwerfung Deutschlands noch möglichst viele Millionen Deutsche zu töten“ (JZ / Josef Zachl, S. 38)

Ein Leserbrief erinnert an die Bombenopfer in Wien: „Ich vermisse unter den vielen gefeierten Jubiläen in der letzten Zeit das Gedenken an die 65. Wiederkehr des Beginns der alliierten Terrorangriffe auf die offene Stadt Wien, (die) 1000 Tote hinterließen. Keine österreichische Zeitung hat dieser Schandtat diesmal eine Zeile gewidmet.“ (S. 7, BR h.c. DI Walter Lüftl, Wien). Möglicherweise ist der Schreiber mit jenem BR h.c. DI Walter Lüftl ident, der 1991 in einem Gerichtsgutachten die technische Möglichkeit der Menschentötung in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau bestritt.

Kann man die gesellschaftspolitischen Analysen noch als Standespolitik irgendwie nachvollziehen, verwundert einen jedoch die mangelnde Distanz zur NS-Verharmlosung, und man stellt sich die Frage, ob die sponsernden Unternehmen aus Oberösterreichs Industrie-, Banken- und Wirtschaftswelt überhaupt wissen, wem sie hier durch ihre finanzielle Unterstützung eine „Zeitbühne“ geben.

„Politik heute“
Jahresabo für 12 Ausgaben 10 Euro
Vertrieb nur über Internet

Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes, Erklärung über die grundlegende Richtung: **Politik heute** widmet sich der Verbreitung aktueller Nachrichten aus Wirtschaft und Politik sowie von Hintergrundinformationen. Sie vertritt unsere demokratische Gesellschaftsordnung, den Rechtsstaat sowie die Interessen der freien Marktwirtschaft.

Impressum: Herausgeber Josef und Brigitte Zachl* Medieninhaber: Gesellschaftspolitische Vereinigung, 4400 Steyr, Dr. Josef Ender-Str. 21, Telefon + Fax: 07252/500 65 Mitarbeiter und Gastkommentatoren: Dr. Richard Kerschhofer (RGK) e.mail: z.zeitbuehne@aon.at, Erscheinung 12 Mal jährlich* Jahres-Abo: 10,-Euro* Vertrieb ausschließlich über Internet* Konto: Bank Austria, BLZ 12000, Konto: 0592- 422 14/00, IBAN = AT 48 1100 0059 2422 14 00/BIC = BKAUATWW

Zeitbühne contra Diffamierung durch SPÖ-Lehrer

o In der Erneuerung der schwarz-grünen Koalition sehen wir nicht nur einen Affront gegen die Industrie, sondern gegen die gesamte Volkswirtschaft und damit auch gegen die Interessen der Bevölkerung. Eine schwarz-blaue Koalition wäre jedoch keine Mitte-Links-Regierung, wie im „Rotstift“ behauptet, sondern eine Mitte-Rechts-Koalition. Diese Koalition hätte es in Oberösterreich vielleicht früher einmal geben können, als die ÖVP noch als klare Rechtspartei eingestuft wurde (Andreas Khol), nicht aber nach deren Linksruck (Klaus Obereder ORF). In der derzeitigen politischen Konstellation wäre daher eine schwarz-rote Koalition mit der geschwächten SPÖ das einzig Vernünftige gewesen. Daß einst zwischen der rechten ÖVP und den links-extremen Grünen ein gesellschaftspolitischer Abgrund klaffte, soll hier zumindest erwähnt werden.

o In den sechs Jahren der grünen Regierungsbeteiligung wurde der Bau großer Wasserkraftwerke rigoros verhindert. Wasserkraft braucht keine staatliche Förderungen, finanziert sich selbst und wirft Steuern und Gewinne ab. Statt dessen wurden ausschließlich jene Energieträger forciert, die hohe Zuschüsse brauchen. So stellen sich die Stromkosten bei Photovoltaik auf das 11-fache, für Windkraft auf das 30- bis 40-fache der Wasserkraft.

Das heißt, daß mit dieser grünen Energiepolitik nicht nur die Auslandsabhängigkeit, sondern auch die Verarmung der Bevölkerung steigt.

o Der Kampf gegen Kernkraft ist nicht nur Heuchelei, sondern auch eine verantwortungslose Verdummung der Bevölkerung. Wir exportieren 30 Prozent unserer Stromerzeugung, wenn Überschuß herrscht und Strom entsprechend billig ist, müssen aber 40 Prozent importieren, wenn Knappheit herrscht und die Preise hoch sind. Der Überhang beträgt derzeit 10 Prozent und wird 2020 beim Anhalten des derzeitigen Baustopps für Wasserkraft 20 und 2030 katastrophale 50 Prozent betragen.

o Ein Meisterstück politischer Indoktrinierung ist der Kampf gegen Temelin. Seit vielen Jahren werden alljährlich viele Steuer-Millionen für dessen Bekämpfung verschleudert, doch allein 2007 mußten wir froh sein, von Temelin 7 Milliarden KWh importieren zu können. Daß dieser Kampf gegen Vernunft und Eigeninteresse besonders von Lehrern geführt wird, wurde uns von vielen Eltern bestätigt.

Kein Land könnte uns ohne eigene Kernkraftwerke Strom liefern, wir müßten unsere Industrie, allen voran Anlagen wie die Voest, tage- und wochenlang schließen. Die immer wieder behauptete mögliche Autarkie wäre nur durch den gemeinsamen Einsatz von Wasserkraft, Kernkraft und Kohle zu erreichen, oder eben durch die Entindustrialisierung Österreichs mit allen gesellschaftspolitischen und sozialen Folgen.

o Die Armen werden nicht reicher, wenn man die Reichen arm macht, sondern indem man unser Sozialsystem durchforstet. Es gibt „Arme“, die es verstehen, möglichst viele Töpfe anzuzapfen und dadurch in einem relativen Wohlstand leben. Andere

wieder leben unverschuldet in Armut und nehmen dankbar die Almosen, die man ihnen gibt. Hier könnte das Transferkonto Prülls Gerechtigkeit schaffen. Daß man Menschen, die von der unter Schüssel beschlossenen Steuerreform profitieren, (48% der Erwerbstätigen bezahlen keine einkommensabhängigen Steuern) als „Minderleister“ bezeichnet, ist eine Infamie sondergleichen.

o Mehr als 90 Prozent der sogenannten Asylanten sind illegale Einwanderer, die man umgehend zurückschicken müßte und so enorme Kosten sparen würde. Österreich ist nicht das Sozialamt der ganzen Welt.

o Bürgerkriegsähnliche Unruhen gibt es bereits in Frankreich, Italien, Deutschland, Dänemark, Schweden und Griechenland. Wenn Deutschlands Polizei auf größere Unruhen vorbereitet wird, geschieht das nicht ohne Grund.

o Die grüne NR Gabriele Moser forderte im Rahmen einer Pressekonzferenz die Erhöhung der Treibstoffpreise auf 30,- Schilling. Weiters erklärte sie:

„Unser Endziel ist das Verbot des Privatautos, wobei es Ausnahmen für Politiker geben muß“.

Dieses Zitat wurde von uns in größeren Abständen immer wieder zitiert, so daß es auch grünen Lesern der Zeitbühne nicht unbekannt bleiben konnte. Dennoch gab es weder Stellungnahmen oder gar einen Widerruf.

Verharmlosung des Nationalsozialismus?

Jahrzehntelang waren die Kriegsverbrechen der Siegermächte tabu. Heute kann man auf die Veröffentlichungen von Historikern ehemaliger Feindstaaten zurückgreifen. Daß man diese Veröffentlichungen nicht in den ehemaligen Feindstaaten angreift, sondern in Deutschland und Österreich, ist sehr vielsagend.

o Die These, daß bei dem Angriff Deutschlands gegen die Sowjetunion lediglich ein Diktator schneller war als der andere, wird auch von russischen Historikern vertreten. Hauptargument ist die für einen Angriffskrieg und nicht für Verteidigung aufgestellte sowjetische Armee sowie die bei Gefangenen gefundenen Straßenkarten Deutschlands, was die großen anfänglichen Niederlagen und Verluste erklärt.

o Churchills Ausspruch, daß er einen vorzeitigen Frieden ablehnt und bis zur endgültigen Vernichtung Deutschlands gekämpft werden soll, um bis dahin noch möglichst viele Deutsche zu töten, ist mehrfach auch in England publiziert worden.

o Eine der Methoden zur Erreichung dieses Zieles sind die bis Ende April 1945 durchgeführten militärisch sinnlosen Luftangriffe auf deutsche Wohnstädte. Die Opferzahlen schwanken zwischen 900.000 und einer Million Toten.

Ein Fanal dafür ist Dresden. Die Schätzungen gehen weit auseinander, doch die damalige deutsche Regierung, die alles

tat, um das wahre Ausmaß der Opfer zu vertuschen, schätzte die Toten auf mehrere Hundert Millionen. Doch halten wir uns an die Schätzung des Internationalen Kreuzes von 271.000 Toten. Nicht in den damaligen Feindstaaten, sondern in Deutschland wurde diese Opferzahl kontinuierlich reduziert und liegt derzeit bei 18.000.

o Auch die Angriffe auf die Innenstadt von Wien hatten keinerlei militärische Bedeutung. Wenn Dipl.Ing.Walter Lüftl diesen Angriff als Schandtat bezeichnet und man dies als Relativierung der NS-Verbrechen auslegt, dann entspricht auch das haargenau der gängigen Totschlagmethode.

o Dipl.Ing.Walter Lüftl erhielt als Sachverständiger den Auftrag, für einen Prozeß ein Gutachten über die Gaskammern in Mauthausen zu erstellen. Darin erklärte er u.a., daß er als Schüler des Stiftsgymnasiums Seitenstetten 1946 eine Führung durch das KZ Mauthausen mitmachte. Dabei wurden Gaskammern weder gezeigt noch erwähnt. In seinen Untersuchungen stellte er fest, daß die ihm gezeigten Gaskammern nie funktionieren konnten. Er wollte noch zusätzlich die Kacheln untersuchen, was ihm jedoch verwehrt wurde. Er wisse natürlich, daß in Mauthausen Menschen getötet wurden und daß in Ausschwitz Gaskammern gewesen sein können, doch war er nie dort. Der gegen ihn wegen Leugnung der NS-Verbrechen angestregte Prozeß wurde, um einen spektakulären Freispruch zu vermeiden, eingestellt.

Erwähnt werden muß noch, daß er auch während der gegen ihn betriebenen Hetzkampagne weiterhin jüdische Auftraggeber hatte und später gemeinsam mit befreundeten Juden das KZ-Mauthausen besuchte.

Die halbe Wahrheit ist immer ein ganze Lüge

Bei dem Pamphlet von Mag. Rudolf Rebhandl hat man schon den Eindruck, daß man gerne allein schon die Erwähnung alliierter Kriegsverbrechen unter Strafe stellen möchte. Inzwischen hilft man sich durch Zensur. In mehreren Anrufen erfuhren wir, daß man zufällig im Lehrerzimmer ein Exemplar der Zeitbühne gefunden habe und diese abonnieren wolle. Man war sehr erstaunt, daß die Schule davon 15 Exemplare erhalten hat. Meinungsfreiheit ja, aber nur, wenn es die eigene Meinung ist.

o Schätzungen rechnen dem Nationalsozialismus 50 Millionen, russische Historiker dem Kommunismus 300 Millionen Tote zu. Dem Kommunismus werden auch jene Opfer zugerechnet, die man bewußt verhungern ließ, wie die Kulaken oder die Millionen in Asien. Ein Verbrecher, der 5 Menschen ermordete, ist ein ebenso abscheulicher Verbrecher, wie einer, der 30 Menschen ermordete. Es gibt keine Aufrechnung.

Resümee

Der als große Gefahr geschilderte Nationalsozialismus ist heute mangels Anhängern keine Gefahr, doch jene radikalen Gruppen des Sozialismus, die alle Teile der Gesellschaft unterwanderten, sind eine eminente Bedrohung, die bereits autoritäre Züge enthält. Rudolf Rebhandl verfügt über sehr selektive zeitgeschichtliche Kenntnisse. Die Nationalsozialisten waren selbstverständlich eine linke Partei.

Dr. Joseph Goebbels 1931 in der Zeitschrift „Der Angriff“:

„Wir Nationalsozialisten verstehen und als eine linke Partei und hassen nichts so sehr wie die bürgerliche Rechte.“

Die Einstufung als rechte Partei erfolgte durch die Kommunisten und wurde vom Westen willig übernommen. Man wollte die ideologische Nähe von Braun und Rot vom Tisch haben. Die Braunen verfolgten die Rasse, die Roten die Klasse. Das erklärt auch den nahtlosen Übergang vieler Sozialisten 1938 vom roten zum braunen Sozialismus.

Karl Renner: 1938: „Alle Sozialdemokraten stimmen mit Ja!“ zum Anschluß an Deutschland. 1945 schrieb er einen Brief an den „lieben Genossen Stalin“ und wurde erster Bundespräsident (damals Staatskanzler).

1945 gab es jedoch auch auf breiter Front den Wechsel vom braunen zu roten Sozialismus. Eben waren sie noch stramme Hakenkreuzträger, was sie nicht an einer steilen Karriere als Sozialisten hindern konnte.

Auch viele jener, die 1945 im Kommunismus ihre Zukunft für ihre politischen Laufbahn sahen, ihren Irrtum erkennen mußten und zu den Sozialisten wechselten, konnten Karriere machen. So etwa der Kommunist Christian Broda, der als Sozialist Justizminister wurde.

o Auch die vom braunen Sozialismus praktizierte Euthanasie hatte und hat ihre Vorkämpfer im roten Sozialismus. Die Argumente des Arztes und sozialistischen Stadtrates Julius Tandler wurden weitgehend in die NS-Gesetze übernommen. Ein nach ihm benannter Platz ehrt diesen Vorkämpfer der Euthanasie heute noch. Auch Sepp Wille, einst Klub-Chef der SPÖ-Nationalräte, erklärte vor Jahren in einer in Linz stattgefundenen Diskussion:

„Wenn wir heute die Euthanasie einführen, hat das nichts mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu tun, sondern entspricht dem demokratischen Willen des Volkes.“

Ein bestürzendes Beispiel, wie weit Gesetz und Recht auseinander klaffen können.

Das wahre Ziel dieses Angriffs...

...ein unbequemes politisches Magazin soll verschwinden. Wir haben stets nur unsere Meinung vertreten und wurden - oder auch nicht - erst dann unterstützt, wenn Gruppen ihre eigenen Interessen darin vertreten sahen. Unsere von uns selbst vorgegebene Blattlinie haben wir deshalb nie geändert.

Man findet jedoch nichts dabei, wenn unsere Medienwelt überwiegend von Presseförderungen und indirekten Förderungen lebt, ohne die viele nicht erscheinen könnten, und dafür brave Hofberichterstattung in der einen oder anderen Richtung schreibt. Wir haben in den bisher fast 24 Jahren der Zeitbühne noch keinen Groschen Presseförderung bezogen.

Ich war 1945 als knapp Dreizehnjähriger Zeuge von Mißhandlungen von KZ-Häftlingen und unfreiwilliger Ohrenzeuge von Schilderungen über Mißhandlungen in den KZ-Lagern. Wir lassen uns nicht von geschichtslosen Demagogen in eine Ecke drängen, die sie im eigenen Haus sorgfältig verbergen. Es gibt viele Möglichkeiten, die freie Meinung zu unterdrücken: Ausgrenzung, Boykott und, wo immer man Einfluß hat, Entziehung der finanziellen Basis. Wir haben alles erlebt, bis hin zur Existenzbedrohung. Die drohende Diktatur brauchen wir nicht erst in fernen Ländern suchen. *Brigitte und Josef Zachl*